

BESCHLUSSVORLAGE	Gremium:	37. Plenarsitzung Gemeinderat
	STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:
Karlsruher Integrationsplan		

Beratungsfolge dieser Vorlage	am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Migrationsbeirat	13.06.2012	1	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	vorberaten
Hauptausschuss	17.07.2012	4	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
Gemeinderat	24.07.2012	7	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat

1. Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Migrationsbeirat und Hauptausschuss den Karlsruher Integrationsplan (s. Anlage).
2. Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Einleitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der im Karlsruher Integrationsplan aufgeführten Ziele. Die Kosten zur Umsetzung sind zu ermitteln und für künftige Haushalte vorzuschlagen.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten Maßnahme	der	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung	durch	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant		nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>		Handlungsfeld: Miteinander	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit	

Beteiligungsverfahren

Am 7. Februar 2012 wurde der Integrationsplan in den Räumlichkeiten der Industrie- und Handelskammer einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und für die Beteiligung am Karlsruher Integrationsplan geworben. Etwa 350 Einladungen waren an Migrantenvereine und -selbstorganisationen, Vereine und Verbände, Einrichtungen, religiöse Gemeinschaften sowie an haupt- wie ehrenamtlich im Integrationsbereich Tätige versandt worden. Der Termin wurde zudem über die Lokalpresse und per Internet bekannt gegeben. Dieser Auftaktveranstaltung folgten ca. 150 Personen.

Am 24. März 2012 erfolgte die Bürgerbeteiligung zur inhaltlichen Ausgestaltung des Integrationsplans. In sieben moderierten Arbeitsgruppen mit mindestens neun bis maximal 23 Teilnehmenden fand eine vertiefende Auseinandersetzung mit den vier Handlungsfeldern des Entwurfs statt. Ursprünglich waren vier Arbeitsgruppen - je Handlungsfeld eine - vorgesehen. Aufgrund der regen Beteiligung und der hohen Anmeldezahlen wurden die Workshops jedoch erweitert, auch um die Arbeitsfähigkeit in den einzelnen Gruppen sicherzustellen. Insgesamt haben sich ca. 130 Bürgerinnen und Bürger an den Workshops beteiligt.

In den Arbeitsgruppen priorisierten die Teilnehmenden pro Handlungsfeld des Integrationsplans jeweils ein Ziel. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten dabei die Möglichkeit, selbst Ziele zu formulieren. Zudem haben sie zu dem gewichteten Ziel Indikatoren und mögliche Maßnahmen erarbeitet. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden schließlich in einem gemeinsamen Abschlussplenum von den jeweiligen Moderatorinnen präsentiert.

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung wurden anschließend in das Konzept eingearbeitet, in der Sitzung des Arbeitskreises Migrationsbeirat am 19.04.2012 einstimmig beschlossen und mit den städtischen Ämtern am 03.05.2012 erörtert.

Den Bürgerinnen und Bürgern, die sich an der Ausgestaltung des Integrationsplans beteiligt haben, wurde rückgemeldet, dass die Ergebnisse der Arbeitsgruppen in den Integrationsplan eingearbeitet sind, unter Angabe der entsprechenden Internetseite.

Inhaltliche Ausgestaltung des Integrationsplans durch Bürgerbeteiligung

Der Integrationsplan enthält die Ziele, die im Rahmen der Bürgerbeteiligung von den Teilnehmenden priorisiert wurden. Einige Ziele, die bereits im Plan enthalten waren, wurden von den Teilnehmenden mit inhaltlichen Ergänzungen übernommen, z. B. wurde im Bereich

schulischer Bildung das vorhandene Ziel „Chancengleichheit im Bildungssystem, unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft“ mit dem Zusatz „und Geschlecht“ ergänzt. Auch sind alle von den Beteiligten vorgeschlagenen Indikatoren zur Überprüfung der Integrationsziele in das Konzept eingeflossen.

Insgesamt haben die Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer einen vielfältigen Maßnahmenkatalog zu jedem Handlungsfeld erarbeitet. Quer zu allen Handlungsfeldern wurden eine Vernetzung der relevanten Akteure und Institutionen sowie die Erstellung einer Angebotsübersicht vorgeschlagen.

Handlungsfeld Soziale Partizipation

Für das Handlungsfeld Soziale Partizipation war den Bürgerinnen und Bürgern allgemein eine intensive Einbindung der Eltern wichtig. Zur Umsetzung des Ziels „Erhöhung der Ausbildungsreife für Jugendliche mit Migrationshintergrund“ wurde als mögliche Maßnahme z. B. ein Gütesiegel für interkulturelle Kompetenz für Schule, Verwaltung und Wirtschaft vorgeschlagen, wie auch ein Netzwerk zur Anerkennung beruflicher Qualifikation.

Einige von den Bürgerinnen und Bürgern empfohlene Maßnahmen konnten keine Berücksichtigung in dem vorliegenden Integrationsplan finden, da die Stadt diesbezüglich z. B. keinen Handlungsspielraum hat oder die Maßnahme bereits durch anderweitige Förderung abgedeckt ist. So konnte im Bereich vorschulischer Bildung die Empfehlung „Bei Kindergartenplatzvergabe: Bevorzugung von Migrantenkinder“ wegen positiver Diskriminierung nicht aufgenommen werden. Stattdessen wurde in der Einleitung des Integrationsplans darauf hingewiesen, dass Chancengleichheit und Gerechtigkeit bei allen Entscheidungen und Maßnahmen - beispielsweise bei der Kindergartenplatzvergabe - gefördert und berücksichtigt werden.

Auch die Maßnahme „Einstellen von muslimischen Erzieherinnen mit Kopftuch“ konnte nach Abstimmung mit dem Arbeitskreis Migrationsbeirat nicht in das Konzept aufgenommen werden, da die Kommune keinen Einfluss auf die Einstellungspraxis von freien Trägern hat. Der Vorschlag aus der Bürgerschaft „Kostenlose Beförderung für alle Schülerinnen und Schüler, zumindest die Möglichkeit des Erwerbs der ScoolCard (unabhängig der 3-km-Entfernungsregelung)“ fand keine Berücksichtigung, da das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) bereits die mobile Teilhabe abdeckt.

Ein weiterer Vorschlag der Workshop-Teilnehmenden „Weiterentwicklung der Kitas zum Familienzentrum“ konnte nicht in den vorliegenden Integrationsplan übernommen werden, da man sich in Karlsruhe für das Konzept „Startpunkt Familienzentrum“ entschieden hat, das bei Trägern angesiedelt ist.

Handlungsfeld Gesellschaftliche Partizipation

Im Bereich „Gesellschaftliche Partizipation“ haben die Beteiligten unter anderem einen interkulturellen Kongress bzw. ein interkulturelles Festival vorgeschlagen. In der Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ wurde die Frage, ob die Stadtverwaltung eine Migrantenquote einführen sollte, kontrovers diskutiert. Schließlich wurde vom Arbeitskreis des Migrationsbeirats das ebenfalls vorgeschlagene anonymisierte Bewerbungsverfahren favorisiert sowie der Hinweis, dass in Stellenausschreibungen Menschen mit Migrationshintergrund willkommen sind. Ein weiterer Vorschlag aus der Bürgerschaft war, dass in den Ausschüssen und Gremien des Gemeinderats wie z. B. im Sozial- und Jugendhilfeausschuss darauf geachtet wird, dass die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner die kulturelle und religiöse Vielfalt widerspiegeln. Zudem haben die Teilnehmenden die Schaffung einer Antidiskriminierungsstelle empfohlen.

Handlungsfeld Kulturelle Partizipation

Als mögliche Maßnahmen für das Handlungsfeld Kulturelle Partizipation haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beispielsweise die Einrichtung eines Begrüßungsbüros zur Verbesserung der Willkommenskultur angeregt oder auch die Wertschätzung der religiösen Feste im öffentlichen Raum.

Handlungsfeld Gesundheit und Sport

Für das Handlungsfeld Gesundheit und Sport wurde beispielsweise vorgeschlagen, Bedarfe im Gesundheitsbereich zu erheben, um dort passgenaue Angebote entwickeln zu können. Für das Tätigkeitsfeld Sport haben die Beteiligten unter anderem empfohlen, dass Migrantenvereine Krankenkassen zur Information über ihre Gesundheitsförderung einladen.

Der Integrationsplan soll in einem fortlaufenden Prozess unter Einbindung der Beteiligten und der Bürgerschaft in zwei Jahren fortgeschrieben werden. Zudem ist ein Monitoring vorgesehen, um die Zielerreichung zu überprüfen und ggf. nachzusteuern, aber auch um die

Maßnahmen bedarfsgerecht anpassen und weiterentwickeln zu können. Die Steuerung des Prozesses erfolgt über den Arbeitskreis Migrationsbeirat und das Büro für Integration, in enger Abstimmung mit den städtischen Ämtern.

In einem nächsten Schritt werden vom Steuerungskreis erste Maßnahmen zur Umsetzung des Integrationsplans umgesetzt. Dabei sollen unter Berücksichtigung bestehender Maßnahmen Doppelstrukturen vermieden werden. Bereits in Angriff genommen ist mit dem Inkrafttreten der Förderrichtlinien für die Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen die Projektbegleitung für 20 neue Projektträger sowie den noch zu installierenden Qualitätszirkel zur Evaluation der Förderung.

Um die priorisierten Ziele mit den vorgeschlagenen und geeigneten Maßnahmen anzugehen und somit die Umsetzung des Integrationsplans qualitativ zu gewährleisten, werden zusätzliche Ressourcen benötigt.

Der etwaige Personalbedarf, der durch die Projektsteuerung im Rahmen des Karlsruher Integrationsplans entsteht, lässt sich derzeit nicht konkret beziffern und soll nach Besetzung der Stelle der/des Integrationsbeauftragten verifiziert werden.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

1. Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Migrationsbeirat und Hauptausschuss den Karlsruher Integrationsplan (s. Anlage).
2. Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung mit der Einleitung und Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der im Karlsruher Integrationsplan aufgeführten Ziele. Die Kosten zur Umsetzung sind zu ermitteln und für künftige Haushalte vorzuschlagen.

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

13. Juli 2012